

Information für die Presse

SPD-Fraktion im Bad Homburger Stadtparlament

Ansprechpartnerin: Elke Barth, stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Tel. 06172/456576, Mobil 0179/5508020, E-mail: Elke.Barth@gmx.de

Bad Homburg, 10. August 2010

Belegrechte kein Wahlkampfschlager

Wenn die SPD seit mehr als 10 Jahren regelmäßig in jedem Jahr in Übereinstimmung mit dem städtischen Wohnungsbericht die Verlängerung auslaufender Belegrechte verlangt, dies nun als "Wahlkampfschlager" zu verunglimpfen, ist das billige Polemik. Dazu ist die SPD schon viel zu lange und viel zu intensiv mit dem Thema beschäftigt.

Ein echter Wahlkampfschlager ist es hingegen, wenn die beiden Fraktionen, die in den letzten 5 Jahren außer der Umgestaltung von 30 Wohnungen in der Webersiedlung (Projekt Young Living) keinerlei Initiativen in der Wohnungspolitik ergriffen haben, plötzlich ein halbes Jahr vor der Kommunalwahl verlaunten lassen, sie "seien dabei, sich des Themas preiswerter Wohnraum anzunehmen" (Zitat Rosemann, FDP) oder sie werden "Ende September ein klares Konzept zur künftigen Wohnungspolitik vorlegen" (Etzroth, CDU).

Die SPD fordert die Koalitionäre auf, endlich die Scheuklappen in der Wohnungspolitik abzulegen und nicht immer nur in eine Richtung zu denken. Natürlich sind Belegrechte kein Allheilmittel in der Wohnungspolitik, aber nach wie vor ein wichtiges Instrument - genauso wie der städtische Mietzuschuß, der aber nur sehr wenigen Haushalten zugute kommt (147 Haushalte in 2009). Die SPD betont, dass man mehrere ineinander greifende Maßnahmen ergreifen muß, die eine breite Wirkung auf den Wohnungsmarkt erzielen. Diese Kritik geht an die CDU, die immer nur davon spricht, Wohnraum für junge Familien schaffen zu wollen. "Viele junge Familien benötigen erst einmal eine erschwingliche Mietwohnung anstelle des Reiheneckhauses," so Elke Barth.

Die SPD empfiehlt den Koalitionären, auch das Gespräch mit den Wohlfahrtsverbänden zu suchen. Die Pflegebranche wächst jährlich im Schnitt um 3,7% und stellt damit durchschnittlich sechsmal mehr Erwerbstätige ein als die Gesamtwirtschaft (Quelle Studie des Wifor Instituts der TU Darmstadt). Der Bedarf an qualifiziertem Pflegepersonal ist gerade auch in Bad Homburg besonders hoch, doch wo sollen gerade diese Menschen mit nicht gerade hohen Gehältern wohnen? Gleiches gilt für Personal in Kindertagesstätten. „Dass hier viele Stellen von der Stadt nur schwer besetzt werden können, liegt auch daran, dass sich die Bewerber eine Wohnung nahe ihres Arbeitsplatzes nicht leisten können“, ist Barth überzeugt.

Die SPD fordert die Koalition zu einer sachlichen und ideologiefreien Diskussion auf. "Niemand will Hochhausghettos mit Sozialwohnungen schaffen, aber man muß Wege finden, wie auch weniger gut Betuchte sich eine Wohnung in Bad Homburg leisten können." Eine stadteigene Wohnungsbaugesellschaft sollte dabei auch diskutiert werden - in Oberursel arbeitet man damit sehr erfolgreich. Wichtig ist nur, dass nun endlich Maßnahmen gefunden werden, die einen deutlichen Effekt bringen und nicht nur wieder kleine Alibiveranstaltungen wie Young Living in der Webersiedlung. Die SPD wünscht sich einen breiten Mix: „Zum einen ist es tatsächlich eine dringende Notwendigkeit, die in den nächsten 2 Jahren auslaufenden Belegrechte zu verlängern. Damit erhalten wir aber lediglich den Status quo“, so Elke Barth. „Auch der städtische Mietzuschuß sei weiter zu gewähren so wie auch alle anderen derzeitigen Maßnahmen weiterzuführen sind. Die möglichen Baugebiete in Bad Homburg, wie zum Beispiel der Bornberg oder am Europakreisel und auch Verdichtungen in der Innenstadt, wo es einige Brachen gibt, müßten nun aber vordringlich weiterentwickelt werden, um endlich eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt zu erreichen. Hier sollte aber eine sehr gemischte Bebauung angedacht werden, bei der unter anderem auch preisgünstiger Geschossbau entstehen muß. Dies muß zuvor klar als Ziel formuliert werden.

Bad Homburg braucht jetzt eine echte Wohnungsbauffensive nach dem Motto: Nicht kleckern sondern klotzen! Denn wir haben schon viel zu lange nichts gemacht“, so Elke Barth für die SPD abschließend.